

SPD Kreistagsfraktion Lörrach

Frau Landrätin
Marion Dammann
Palmstraße 3
79539 Lörrach

Kreistagsfraktion der SPD:
Fraktionsvorsitzender
Klaus Eberhardt
Dienstlich erreichbar
Kirchplatz 2
79618 Rheinfelden (Baden)
e-mail:
k.eberhardt@rheinfelden-baden.de
Telefon: 07623.95251

Antrag zur Sitzung des Sozialausschusses am 06.11.2019

Lörrach, 05.11.2019

Sehr geehrte Frau Landrätin Dammann,

die Fraktion der SPD bringt den nachfolgenden Antrag mit der Bitte um Beratung und Klärung der weiteren Schritte in der Sitzung des Sozialausschusses am 06.11.2019 ein.

- **Es soll ein Projekt zur Vermittlung von geflüchteten Menschen - vor allem der Gruppe 2 - in Arbeitsverhältnisse weitergeführt werden.**
- **Bezogen auf die aktuellen rechtlichen Vorgaben soll für das Haushaltsjahr 2020 ein Projekt erneut konzipiert werden mit dem Ziel, es noch im Haushaltsjahr 2020 umzusetzen.**
- **Dazu sollen Haushaltsmittel in Höhe von 50 000 € zur Umsetzung spätestens in der zweiten Jahreshälfte eingestellt werden.**

Zur Begründung

In der Sozialausschusssitzung vom 02.10.2019 hat der Ausschuss Kenntnis vom Zwischenbericht zum Projekt „Arbeit-Bildung-Chancen“ für Geflüchtete genommen.

Von Seiten der Verwaltung wurde geäußert, dass dieses Projekt in 2020 nicht weitergeführt werden soll.

Auf die seither erfolgten Ausführungen, Darstellungen, Gegendarstellungen und Kommentierungen in der Einschätzung der rechtlichen Grundlagen und der tatsächlichen Prozentzahl der in Arbeit zu vermittelnden Personen (Kriterien für die Beschäftigungsduldung/ Arbeitsurlaubnisse u.a.) wollen wir hier nicht weiter eingehen.

Auch wir sehen die Mitwirkung bei der Identitätsfeststellung als unverzichtbare Grundvoraussetzung.

Das gilt in gleicher Weise für Kernkompetenzen wie z.B. Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sowie die Bereitschaft und das Engagement in der Erweiterung der sprachlichen Kompetenzen. Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ gilt hier eindeutig als Kriterium.

Der Personenkreis, der diese Anforderungen erfüllen will, diese Haltung hat und seine Arbeitskraft einbringen will, darf aber nicht ohne realistische Chance bleiben, durch eine Erwerbstätigkeit seine Situation als Hilfeempfänger zu verändern.

Durch die Angebote und Konzepte von Caritas und Diakonie sowie des Jobcenters werden vor allem Menschen in Ausbildung vermittelt oder Fachkräfte nach Anerkennung ihrer Abschlüsse und Erreichen des vorausgesetzten Sprachniveaus in Beschäftigung vermittelt.

Es verbleibt eine unseres Erachtens deutlich zu große Zahl an Personen, die ohne Perspektive in GUs oder in Anschlussunterbringung in den Kommunen sitzen.

Wir alle wissen auch darum, was diese Untätigkeit an persönlichen und sozialen Folgen haben kann, und das macht uns Sorge.

Wir sehen durchaus, dass sowohl in den beiden Jahren des bisherigen Projektes als auch durch ein erneut aufgelegtes Projekt nur ein gewisser Prozentanteil an Personen dauerhaft in Arbeit integriert werden konnte und kann.

Angesichts der steigenden Sozialkosten, zu deren Notwendigkeit wir selbstverständlich stehen, halten wir jedoch Anstrengungen der Reduzierung durch diejenigen Personen, die durch eine Arbeit teilweise oder ganz von Leistungen frei werden können, für unerlässlich.

Als Projektgedanke wäre unseres Erachtens zum Beispiel ein Konzept vergleichbar mit dem leider beendeten Projekt „Bürgerarbeit“ in Zusammenarbeit mit Kommunen, kirchlichen und Freien Trägern zu prüfen.

Für die Fraktion


Jörg Lütz Gabriele Weber